



Soll ich, oder soll ich nicht? Das war die Frage, die sich mir im Sommer 1987 stellte. In jenem Jahr, 16 Jahre nach der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts, musste ich mich entscheiden, ob ich für den Nationalrat kandidiere. Und obwohl Politik kein Fremdwort für mich war, da bereits mein Vater und mein Grossvater kantonale und eidgenössische Mandate innehatten, war die Antwort darauf nicht einfach.

Zwar hatte die SVP mit Elisabeth Lardelli 1974 die erste Bündner Nationalrätin nach Bern geschickt, aber bereits 1975 wurde sie vom Bündner Souverän wieder abgewählt. Und dies, obwohl sie eine gestandene Politikerin und Rechtsanwältin war. Ich war 1987 gerade 27 Jahre alt geworden und hatte nach dem Studium meine erste Stelle als Juristin im Generalsekretariat der SVP in Bern angetreten. So waren mir immerhin die politischen und insbesondere auch die eidgenössischen Themen vertraut.

Bei der Nominationsversammlung in Thusis, die Anfang Sommer erfolgte, war ich in Bern bei der Arbeit, hatte aber zur Nomination nach reiflicher Überlegung doch Ja gesagt und wurde in Abwesenheit auf den dritten Listenplatz (von deren fünf) gesetzt – und diesen konnte ich dann in der Wahl auch verteidigen. Der Wahlkampf war viel bescheidener als heute: Es gab Auftritte in allen Teilen des Kantons – auch mit den Kolleginnen der anderen Parteien (wir waren damals auf den Bündner Listen insgesamt nur neun Frauen) –, aber der Wahlkampf war kurz, es gab viel weniger Medienanfragen, kaum Fragebogen auszufüllen, und es gab natürlich auch keine Social-Media-Aktivitäten. Dafür gab es allerdings auch keine Handys und keine Computer, man organisierte sich per Telefon und schrieb die Reden von Hand oder mit der Schreibmaschine.

Bei meiner zweiten Kandidatur, 1991, verbesserte ich mich vom dritten auf den zweiten Platz, direkt hinter dem wiedergewählten Nationalrat Simeon Bühler. Im November 1994 hörte ich am frühen Morgen meiner Rückkehr aus den USA, wo ich meine Schwester, die dort für ein Praktikum weilte, besucht hatte, auf dem

Weg unter die Dusche aus dem Radio noch den halben Satz: «... Nachfolgerin die Juristin Brigitta Gadiant ...». Simeon Bühler war ein Jahr vor den nächsten Wahlen zurückgetreten. Der Tag wurde in der Folge ziemlich hektisch: Medienanfragen, Gratulationen usw., dabei hätte ich an meiner damaligen Stelle als Kommissionssekretärin bei der Bundesversammlung nach einer Woche Abwesenheit noch einiges an Arbeit zu erledigen gehabt ...

In der Folge galt es viel zu organisieren: meine Stelle bei den Parlamentsdiensten kündigen, die Planung für mein eigenes Büro in Chur an die Hand nehmen, die Parlamentsarbeit vorbereiten. Bereits am 23. Januar 1995 – es fand eine Sondersession statt – wurde ich als zweite Bündnerin im Nationalrat vereidigt. Von der Tribüne aus begleitete mich Elisabeth Lardelli – eine grosse Verpflichtung und Aufgabe! Dies umso mehr, als ich mit 34 Jahren damals die jüngste Nationalrätin war und in der SVP-Fraktion gerade mal 1 von nur 3 Frauen neben 22 Männern.

Auch sonst waren die Frauen in vielen Bereichen in verschwindender Zahl anzutreffen. So wurde ich zum Teil mit Blumen begrüsst, und die Begrüssung an Informationsanlässen im Bereich Finanz und Wirtschaft lautete oft so: «Frau Gadiant, meine Herren ...» Das führte natürlich dazu, dass mich sofort alle kannten, aber im Gegenzug stand ich auch unter besonderer Beobachtung.

Insgesamt wurde den Frauen sicher kein roter Teppich ausgelegt. Der Anspruch an eine gute Leistung war bedeutend grösser als bei vielen Kollegen, und die Netzwerke, über die die Männer verfügten, waren für die Frauen vielfach auch nicht vorhanden.

Während 17 Jahren durfte ich den Kanton Graubünden im Nationalrat vertreten – die letzten vier als Vertreterin der BDP: eine einmalige, spannende Zeit, in der ich ganz viel erleben, erfahren und lernen konnte. In dieser Zeit hat sich – glücklicherweise – vieles verändert. Der grosse Fortschritt für die Frauen wäre allerdings ohne die Unterstützung aufgeschlossener und weitsichtiger Männer – solcher, wie jener, die sich seinerzeit auch schon für das Frauenstimmrecht eingesetzt hatten – nicht geglückt.

Mit 14 kam ich an die Kantonsschule in Chur. Es waren die anschliessenden vier Jahre Gymnasium, in denen ich immer politischer wurde. Es begann mit meinem Beitritt zur JUSO Graubünden, in meinem 15. Lebensjahr. Meine Schwester Julia schwärmte von den lieben und engagierten Menschen, die fast wie eine Familie für sie waren. Ich brauchte etwas Zeit, um mich in der Jungpartei einzugewöhnen, aber die Menschen waren respektvoll, grosszügig und offenherzig, weshalb ich mich immer öfters an Anlässen blicken liess.

In der JUSO besuchte ich Workshops, lernte die Wörter «Neoliberalismus», «Hegemonie» oder «Gender» kennen und begann zu verstehen, welche Ursache Diskriminierung und Ungerechtigkeit hat. Mit der JUSO Graubünden sammelte ich in Chur das erste Mal Unterschriften für die Mitbestimmungsinitiative und ging an meine erste Anti-WEF-Demonstration. Ich entdeckte, dass die Teilnahme an Demonstrationen Grosses bewirken kann. Eine Demo ist eine Menschenmasse, doch jede\*r Einzelne wird gebraucht, um gehört zu werden. Dieses Gefühl bestärkte mich in meinem politischen Engagement. 2018 wurde es um die Klimathematik laut. Greta Thunberg und der Klimastreik erreichten die Schweiz. Bilder und Videos von den Demonstrationen aus Zürich berührten mich. Darauf beschlossen Andrina Geller und ich im Januar 2019, auch in Chur einen Klimastreik zu organisieren. Zu unserer Überraschung und Freude standen etwa 200 Menschen mit uns auf dem Alexanderplatz, riefen Parolen und wollten die Politik aufwecken.

In dieser Zeit investierte ich meine ganze Freizeit in die Organisation der Klimastreikbewegung Graubünden. Durch sie lernte ich die Medienwelt kennen und wurde mit Andersdenkenden konfrontiert. Mein hilfsbereites Umfeld war eine grosse Unterstützung in dieser anstrengenden Zeit.

Im selben Jahr kam eine weitere politische Welle auf die Schweiz und auch mich zu. Nicht selten hörte ich, dass es für Frauen\* nichts mehr zu erreichen gäbe. Diese Meinung teilte und teile ich nicht. Strukturelle Gewalt an Frauen\* liegt an der Tagesordnung, das Vermögen der Frauen\* ist viel geringer als jenes der Männer\*, und weibliche Berufe werden durchs Band schlechter bezahlt. Diese Zustände machten mich wütend und so auch viele andere Frauen\*. Eine Gruppe von Feminist\*innen voller Tatendrang und Lust, etwas zu verändern, schlossen sich zur Organisation des 14. Juni 2019 zusammen. Wir organisierten Bildungsanlässe, malten Transparente und diskutierten bei einem Bier bis spät abends. Das Jahr verging wie der Blitz, und ich war etwas erschöpft vom Aktivismus und von der Schule. Doch die Vorfreude auf den Frauen\*streiktag war nach wie vor riesig.

Anfänglich war ich sehr nervös, weil ich nicht sicher war, ob die Menschen am Frauen\*streik teilnehmen werden. Doch dann ging es los, der Fontanapark in Chur füllte sich mit violetten Farben, und die Stimmung war so fröhlich und voller Zuversicht, wie ich es bisher selten erlebt hatte. Über 1000 Frauen\*, solidarische Männer\* und Kinder nahmen teil, und mir kamen nicht nur einmal Freudentränen. Seit diesem Tag bin ich voller Motivation im Frauen\*streikkollektiv Graubünden aktiv. Wir planen Anlässe, Bildungsveranstaltungen und unterhalten uns über «Tabu-Themen». Ich bin weiterhin politisch aktiv, weil mich die JUSO, das Frauen\*streikkollektiv und auch der Klimastreik motivieren. Mit Menschen das Gefühl von Hoffnung und Veränderung zu teilen, ist unbeschreiblich. Wir

«Insgesamt wurde den Frauen sicher kein roter Teppich ausgelegt»

Brigitta M. Gadiant, alt Nationalrätin



Brigitta Gadiant anlässlich ihrer Vereidigung als Nationalrätin im Bundeshaus am 23. Januar 1995 (Bild Eduard Rieben)

«Nichts zu machen, ist für mich keine Alternative»

Rosalina Müller  
Co-Präsidentin JUSO Graubünden



Rosalina Müller spricht an einer Klimademo in Chur. (Bild zvg)

haben bereits viele gemeinsame Projekte, Anlässe und Aktionen realisiert, die einiges anregen könnten. Nichts zu machen, ist für mich keine Alternative. Im Grundsatz möchte ich ändern, was mich stört, und in einer Welt leben, die solidarischer und gerechter ist, als die heutige. Ich weiss, das klingt etwas utopisch, aber Utopien sollte man in der Politik immer vor Augen haben.